



Umweltbündnis für Witten



Inhalt

1/2	Umweltbündnis für Witten
3	1. November Kobanê-Tag
4	Situation bei ZF
5	Weihnachtsgeld bei DEW
6/7	Feinstaub DEW
8	Finanzspritze
9	Nein heißt Nein
10	Deutsche Bahn
11	AUFstehen
12/13	Herbstdemonstration
14/15	Leserbriefe
16	Bergarbeiterkonferenz

Liebe Leserinnen und Leser,

zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Zeitung am 31.10. hat die alljährliche UN Weltklimakonferenz noch nicht einmal begonnen. Wenn Sie diese Zeilen lesen, hat sie wohl schon vom 7. – 18. November 2016 in Marrakesch/Marokko stattgefunden.

Ohne also die konkreten Ergebnisse der Konferenz zu kennen, gehe ich dennoch davon aus, dass es auch dieses Jahr **nur heiße Luft** geben wird, wohingegen die Hauptklimasünder die Konferenz als Riesenerfolg bejubeln werden.

Warum sind wir uns da so sicher?

Weil es seit der ersten Weltklimakonferenz 1995 bis heute ganz offensichtlich die Strategie vor allem der entwickelten Industriestaaten war, der Weltbevölkerung Sand in die Augen zu streuen, die Umweltbewegung hinzuhalten und vom konsequenten Kampf abzuhalten.

Aktuellstes Beispiel ist das Abkommen von 2015, das auf der Klimakonferenz in Paris geschlossen und sogar als Jahrhundertvertrag gefeiert wurde.

Dieser Pariser Vertrag ist eine einzige Farce. Selbst die freiwilligen Verpflichtungsziele gelten erst ab 2020! Im

Abschnitt II.17 des Vertrags wird eingeräumt, dass, ungeachtet der zugesagten Maßnahmen der Staaten, die Treibhausgasemissionen von gegenwärtig 36 auf **55 Gigatonnen bis zum Jahr 2030 steigen werden.**

Die unverantwortliche Nutzung der Atomenergie wird beibehalten und gar als Beitrag zur Lösung des Klimaproblems ausgegeben.

Der Bankrott dieser großkonzernhörigen Politik zeigt sich an der ungebremsten Erderwärmung.

Laut Pariser Abkommen soll die Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Periode auf 1,5 Grad begrenzt werden. Doch schon im ersten Halbjahr 2016 rückte dieses an sich schon fragwürdige Ziel in weite Ferne, denn in einem halben Jahr erhöhte sich die Erdtemperatur schon auf 1,3 Grad.

Die Erderwärmung steigt also schneller, als der unverbindliche Zeitrahmen der verantwortlichen Staaten.



Das verwundert nicht, denn es wurden keine verbindlichen Maßnahmen beschlossen, sondern in eine ungewisse Zukunft verschoben.

Von der Methode her ist das, als wenn man einem Verblutenden einen Druckverband in Aussicht stellt, sich aber weder einig ist, wer ihn bezahlt noch wann er angelegt wird.

Um die beschleunigte Entwicklung einer globalen Umweltkatastrophe zu stoppen, müssen Sofortmaßnahmen ergriffen werden.

Ein Ansteigen des Meeresspiegels kann nicht einfach rückgängig gemacht werden, zig Millionen Menschen in gefährdeten Gebieten droht Tod, Hunger und Vertreibung.

Angesichts dieser Tatsachen wird deutlich, was die Beteuerungen unserer Politiker, Fluchtursachen bekämpfen zu wollen, wert sind.

AUF Witten hat sich für das Ziel eines lebenswerten Wittens gegründet in der Überzeugung, dass positive Veränderungen für die Einwohner dieser Stadt nur mit einem grundlegend anderen Politikverständnis möglich sind: *Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern.*

Das geht nur in Kenntnis der globalen Zusammenhänge der uns alle bedrohenden Klimaveränderungen.

Zwischen den weltweit wirkenden Hauptfaktoren gibt es verhängnisvolle und unberechenbare Wechselwirkungen mit örtlich begangenen Klimaverbrechen. Auf diesem Hintergrund sind auch die Maßnahmen der Umweltschutzbehörden zu beurteilen.

So hat die Bezirksregierung Arnsberg zusammen mit der Stadt Witten den sogenannten Luftreinhalteplan als Entwurf veröffentlicht. Darin werden die industriellen Emissionen von Stickoxiden **auf lediglich 3 Prozent** kleingerechnet.

Im Klartext bedeutet das, dass vor allem die DEW (Deutsche Edelstahlwerke Witten) als Hauptverursacher aus der Schusslinie genommen werden.

Selbst die gigantisch anmutenden **102 Tonnen Stickoxide pro Jahr** aus DEW Produktion, die rund **70 Prozent** aller Industrie-NOx betragen, könnten laut Luftreinhalteplan für die Überschreitung der Grenzwerte z.B. in der Ruhrstraße **nicht** herangezogen werden. Denn sie würden durch Schornsteine und Wind so verteilt, dass in Witten nur noch der Verkehr als Verursacher in Frage käme.

Ohne das jetzt weiter auszuführen, passt das sehr gut zu

- Problem Feinstaub vor allem bei DEW und Luftreinhalteplan, womit sich unser Gastautor **Wolfgang Seidel** in dieser und in der letzten Nummer des *AUFbruch* kritisch auseinandersetzt (jeweils auf S. 6/7)

Immer wurden die Beschwerden und Fragen dazu abgebügelt, nicht ernst genommen und die Umweltbelastung entweder vertuscht oder heruntergespielt.

Maßnahmen im Sinne des Umweltschutzes konnten wir nicht feststellen, aussagekräftige Messstellen gibt es nicht oder wurden abgebaut.

Apropos Verkehr und NOx Überschreitungen: ist es zielführend, vor allem die kleinen Autofahrer dingfest machen zu wollen?

Der ganz ohne Zweifel nicht nur von VW, sondern von allen Herstellern von Kraftfahrzeugen, betriebene Abgasbetrug jedenfalls kommt im Luftreinhalteplan nicht vor.

Wir setzen uns in Witten für ein breites Umweltbündnis von vielen, vor allem jungen, Menschen ein, die im Vertrauen auf die eigene Kraft

aktiv werden wollen. Dabei gilt es, politische Bremsklötze abzuwerfen. So soll die auf Profitsteigerung ausgerichtete Produktion angeblich mit dem Schutz der natürlichen Umwelt vereinbar sein. Diese Theorie hat sich als Sackgasse erwiesen, dadurch wurde viel Zeit vertan.

Ein wirksamer Kampf um unsere Lebensgrundlagen, kann nur über Parteigrenzen hinweg etwas bewirken. Dafür steht AUF Witten! (siehe S. 11)



den traurigen Erfahrungen, die wachsame und umweltbewusste Bürger mit der Stadt Witten und den übergeordneten Umweltbehörden bisher machen mussten. In unserem Archiv werden Sie zahlreiche Negativbeispiele finden:

- Gestanksbelästigung durch die Firma Degussa/Sasol
- bis heute nicht aufgeklärte gehäuft vorzeitige Todesfälle bei HP Pelzer Chemie
- Umweltverschmutzung durch den Pelzerbrand
- Asbestskandal beim Abriss der Wellershoffhallen in Stockum

Gesundheitszentrum in Kobanê eröffnet

1. November Internationaler Kobanê-Tag

Gastbeitrag von Heinz Vöhringer,
Brigadist in Kobanê

Im letzten Jahr haben 177 Brigadisten der ICOR, darunter die 4 Wittener Zülfü Altunok, Jan Vöhringer, Fritz Hickler und Heinz Vöhringer (*Witten im Aufbruch* berichtete davon) gemeinsam mit Arbeitern aus Kobanê das Gesundheitszentrum ehrenamtlich errichtet.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Solidaritätsbrigaden arbeiteten selbstlos und unentgeltlich – zum Teil in ihrem Jahresurlaub – und lebten in dieser Zeit bewusst unter den gleichen Bedingungen wie die Menschen in Kobanê.



Sorgfältiges Auspacken der Geräte für das Gesundheitszentrum

Sie schufen damit in der über 80 % zerstörten Stadt eine wichtige Grundlage für eine funktionierende Gesundheitsversorgung. Das erleichtert den Wiederaufbau der Stadt und den geflohenen Einwohnern die Rückkehr nach Kobanê.

Ende September wurde das Gesundheitszentrum nun offiziell eröffnet. Das Zentrum wird als Geburts- und Frauenklinik genutzt und soll „24 Stunden am Tag kostenlos dem Volk dienen“.

Das Zentrum verfügt über 24 Betten, einen kleinen und großen Operationsaal, Kinderbetreuungsplätze sowie öffentliche Dienstleistungen und ein Labor. Im Zentrum arbeiten fünf Gynäkologen, zwei Ärzte für Innere Medizin, zwei Kinderärzte und es gibt eine Anästhesie.

Dieser hervorragende humanitäre Einsatz war Teil einer sich entwickelnden Solidarität mit dem Kampf des kurdischen Volkes um nationale und soziale Befreiung.

Er ist zugleich auch Teil einer neuen zukunftsweisenden und wirklichen internationalistischen praktischen Solidarität die nicht nur unter unseren kurdischen Mitbewohnern auf eine große Anerkennung stößt.

Verteidigt die demokratische Revolution in Rojava!

Umso schärfer sind aktuell die menschenverachtenden militärischen Angriffe und der mörderische Bombenhagel der syrischen Armee mit russischer Unterstützung auf das rund 150 km von Kobanê entfernten Aleppo im Fokus des Protestes gegen die imperialistische Kriegspolitik in der Region.

Gleichzeitig greift das faschistische Erdogan-Regime Rojava militärisch (nördlich von Aleppo) an und ist mit Bodentruppen einmarschiert.

Es will einen Zusammenschluss der drei vom IS befreiten Kantone Rojavas an der Türkei Grenze verhindern. Die Türkei erhebt damit offen ihren regionalen Machtanspruch als neuimperialistisches Land im Kampf um die Neuverteilung Syriens.



Übergabe von 4300 Euro Spenden bei der Benefizveranstaltung "Medizin für Rojava" in der Wittener Werkstatt

Dass seitens der Bundesregierung und der EU mit dem Türkei-Deal die türkischen Pläne regelrecht gefördert werden, macht es umso notwendiger auch bei uns den Protest gegen diese menschenverachtende Politik zu verstärken.

- International muss das faschistische Herrschaftssystem mit Erdogan an der Spitze geächtet werden!
- Abbruch aller wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zur Türkei!
- Hoch die internationale Solidarität!



Eröffnungsfeier des Gesundheitszentrums

Kampf um Arbeitsplätze braucht mutige Ideen

Interview mit einem Mitglied der Vertrauenskörperleitung von ZF

Am 11. Oktober erschien ein Artikel zur Entwicklung bei ZF in Witten in der WAZ. Dort wurde bekannt, dass Kollegen um ihre Arbeitsplätze bangen, bereits seit Beginn des Jahres Kurzarbeit gefahren wird. Wir befragten dazu Fritz Hickler von der IGM Vertrauenskörperleitung bei ZF. Hier sein Statement:

Die Sorgen sind absolut berechtigt. Es geht ja nicht nur um die aktuelle Situation. Der Verkauf an ZF im letzten Jahr war ja bereits der zweite Verkauf seit der Zerschlagung des Mannesmann-Konzerns.

Schon von Bosch sind die Kolleginnen und Kollegen letztlich enttäuscht worden, das wiederholt sich womöglich gerade mit ZF. Dazu kommt, dass sich die Situation mit der Kurzarbeit schon sehr lange hinzieht.

Wie im WAZ-Artikel beschrieben wechseln sich kurze Phasen besserer Auslastung mit Durststrecken ab, teils sind auch gleichzeitig manche Bereiche ausgelastet und andere nicht.

Das geht so schon seit Jahren und wird in den nächsten Monaten nicht besser. Außerdem muss man die Gesamtsituation in Witten und in der Region sehen.

Allein in Witten sind in den letzten Jahren ca. 1500 Industriearbeitsplätze abgebaut worden, in Bochum wo ich wohne sind es in 16 Jahren sogar über 20.000. Dazu kommen immer weiter steigende Belastungen durch

Flexibilisierung und Arbeitsdruck, oder dass die Ausbildung zurückgefahren und kaum ein Auslerner übernommen wird.

Das wirft zahlreiche Fragen auf, die nicht nur die Beschäftigten bei uns im Werk betreffen sondern auch die Bürgerinnen und Bürger in Witten. Wir Vertrauensleute haben uns seit langem für andere Lösungen eingesetzt.

So beweist ja die Kurzarbeit, dass mit Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden können.

Das ist ein Ansatz der außerdem auch Belastungen reduziert.

Weiter sorgt die Rentenpolitik dafür, dass sich immer weniger die Abschläge bei vorzeitigem Ausscheiden leisten können.

Manche würden gerne einem jungen Kollegen Platz machen wenn es finanziell möglich wäre. Solche Vorschläge halten die meisten erstmal für unrealistisch.

Ich meine aber, dass das in einer so reichen Gesellschaft wie unserer doch wohl bezahlbar ist und setze mich lieber für mutige Ideen ein als den Kopf in den Sand zu stecken.

DEW erpresst 75 Prozent des Weihnachtsgeldes der Kollegen

Im Sommer diesen Jahres erpresste die Geschäftsleitung von Schmolz und Bickenbach (DEW) von den Kolleginnen und Kollegen **75% vom Weihnachtsgeld**. Das sind rund 1500 Euro, die am Ende des Jahres fehlen.



Schon seit Monaten, werden Gerüchte gestreut, das Werk stehe auf der Kippe, wenn die Kollegen nicht verzichten.

Dazu schreibt der „Stahlkocher“, eine Kollegenzeitung bei DEW, die von Kollegen für Kollegen geschrieben wird (wir dokumentieren):

„Mit 2,7 Mrd. Euro Umsatz ist Schmolz einer der größten Spezial- und Edel-

stahlhersteller der Welt und hat eine Spitzenposition auf dem Weltmarkt. Und da soll das Weihnachtsgeld das Zünglein sein um den Konzern zu retten?

Tatsächlich geht es Schmolz darum auf unsere Kosten die Probleme auf dem kapitalistischen Weltmarkt zu meistern, den Profit zu steigern und gegenüber der Konkurrenz weiter an Boden zu gewinnen.“

Und sie fordern die Kollegen auf, sich selbst für ihre Interessen einzusetzen und auch die Kritik an der IGM-Führung zu entwickeln, die dem Lohnabbau zustimmte. **Kein Wort mehr darüber, dass das Weihnachtsgeld ein erkämpftes tarifliches Recht ist.**

Wir finden das genau richtig, egal ob in den Betrieben oder in den Kommunen: immer sollen wir von der Logik ausgehen, dass es halt nicht anders geht, dass „gespart“ werden muss. So wird die Spirale der Verschlechterungen auf unsere Kosten ständig weiter gehen.

Dagegen müssen wir uns zusammenschließen und kämpfen. Treffend sagte ein Kollege bei DEW: **„Wir haben keinen Grund zu resignieren und den Kopf in den Sand zu stecken. Nur gemeinsam können wir was erreichen!“**



Dokumentiert! Aus der Kollegenzeitung Stahlkocher

In der Stahlindustrie brodelt ein mörderischer internationaler Konkurrenzkampf. Die weltweite Konjunktur ist seit der letzten Weltwirtschaftskrise alles andere als stabil und allenfalls noch als schwankend zu bezeichnen.

Eine Folge davon erleben wir zur Zeit im Stahlbereich. Am internationalen Stahlmarkt verschieben sich die Verhältnisse durch die steigende Stahlproduktion in den aufstrebenden Ländern, wie z. B. China und Indien. Um diesen Einflüssen zu trotzen und vor allem ihren unendlichen Hunger nach Maximalprofiten zu stillen, setzen die Stahlkonzerne weltweit Fusionen fort. (...)

Und wer zahlt die Zeche? Die Arbeiter und Angestellten, auf dessen Rücken das Ganze aus getragen wird, egal ob deutsch, chinesisch oder indisch! Erst werden sie dazu benutzt, das Stahlwerk für die Übernahme vor-zubereiten

und dann verlieren sie zum Dank Lohn und Arbeitsplatz!

Diesen Ablauf haben wir bisher immer wieder erlebt, wie bei Opel. Und das geht so weiter, weil das eine Gesetzmäßigkeit der internationalen kapitalistischen Produktion ist.

Durch Verzicht, der von uns Arbeitern immer wieder gefordert wird, kann die Entwicklung bestenfalls nur kurzweilig aufgeschoben werden. Aufgehoben werden kann diese Entwicklung nur im Kampf um ein gesellschaftspolitisches und wirtschaftliches System, in dem die Arbeiterklasse das Sagen hat und das ist der echte Sozialismus.



Luftreinhalteplan verdient nicht den Namen den er trägt



Wolfgang Seidel,
Bürger der Stadt Witten

Das Feinstaubproblem wird bewusst verharmlost!

Am 17.10.2016 wurde der „Luftreinhalteplan 2016“ als Entwurf zur Öffentlichkeitsbeteiligung veröffentlicht. Nach erster Sichtung ziehe ich folgende Kurzbilanz:

1. Es wird nur die Stickstoffdioxidbelastung betrachtet (NO₂), Feinstäube wie PM₁₀ oder gar PM_{2,5} hingegen nicht! PM ist ein Durchschnittsmaß für die Partikelgröße von Feinstaub, der lungengängig ist, also bis in die Lungenbläschen gelangen kann. Hierfür gibt es Grenzwerte, die aber, wenn überhaupt nicht gemessen wird, auch nicht eingehalten werden müssen.

2. Richtigerweise wird darauf hingewiesen, dass bei erhöhter Stickstoffdioxid-

Konzentration neben einer Zunahme von Bronchitis- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen auch die Sterblichkeit in der Bevölkerung zunimmt.

3. Die einzige aktuelle NO₂ Messstelle in Witten (an der Ruhrstr.) ist nur mit einem Passivsammler bestückt, der monatliche Werte liefert, aus denen der Jahresmittelwert gebildet wird. Stündliche Belastungsspitzen, wie sie mit einem kontinuierlichen NO_x-Analysator gewonnen werden könnten, werden nicht ermittelt. Dafür gibt es auch EU-Grenzwerte, die für Witten noch bedenklicher ausfallen dürften als die bisher ermittelten pauschalen Jahresüberschreitungen.

4. Die Messwerte für 2014 sind nicht vollständig, da es im März und Oktober zu Ausfällen der Messung kam. So wurde nur für die verbleibenden Monate ein Mittelwert gebildet. Solche Ausfälle gab es interessanterweise auch schon bei den Messungen von Metallstaubniederschlägen im Umfeld der Deutschen Edelstahlwerke...

5. Da laut Bericht das Jahr 2015 meteorologisch ein sehr günstiges Jahr war, ist für 2016 voraussichtlich ein höherer Jahresmittelwert für NO₂ zu erwarten.

6. Dass nur die Ruhrstr. als Messstelle betrachtet wird, liegt daran, dass die Stadt dem LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und

Verbraucherschutz NRW) keine weiteren zu kontrollierenden Straßenabschnitte genannt hat.

7. Der NO_x Wert für Emissionen der Industrie, wie auch der Edelstahlwerke, beruht auf den neuesten zur Verfügung stehenden Daten für Witten, basierend auf den Emissionserklärungen für den Erklärungszeitraum 2012 (in Worten: zweitausendzwoölf), also vor 4 Jahren! Für die DEW waren das 102,5 t/a (Tonnen pro Jahr). Durch geschickte Betrachtungen von Winddaten und meiner Meinung nach auch dem Umstand der verringerten Neutralität, dank der Aufsichtsratsmitgliedschaft unserer Bürgermeisterin Frau Sonja Leidemann bei den Deutschen Edelstahlwerken, wird für die Messung in der Ruhrstr. für die Industrie so **nur ein Anteil von 3%** herangezogen.

8. Aufgrund der Nichteinhaltung des NO₂ Grenzwerts, unter anderem auch in Witten, wurde ein EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eröffnet. Es drohen die Umsetzung von Sofortmaßnahmen sowie erhebliche Geldbußen.

Dokumentiert aus „Luftreinhalteplan Witten 2016“ (Entwurf)

*„Bei der Beurteilung der Emissionen ist zu beachten, dass die meisten industriellen Emissionen über hohe Quellen (Schornsteine) emittiert werden. Diese Emissionen wirken sich, da sie weit getragen werden, auf den regionalen Hintergrund aus. Bei der Betrachtung der Immissionsbelastung in den Straßenschluchten sind hingegen niedrige, nahe gelegene Quellen relevant.“
(Seite 29)*

*Der Verursacheranteil des Regionalen Hintergrundes an der NO_x-Belastung an der Messstelle Ruhrstraße wird mit 42% bewertet, der der Industrie jedoch nur mit 3%.
(Seite 31)*



Deutsche Edelstahlwerke Witten - Elektrolichtbogenofen
Bild aus dem Video <https://www.youtube.com/watch?v=eZRuVEfxlVI>



Organisation gefunden.

9. Der Busverkehr, der mit 29% an der Stickstoffdioxidbelastung beteiligt ist, erfolgt mit Busflotten von Unternehmen, die zum Teil heute noch die Euro-Klassen Euro 0, Euro II und Euro III betreiben. Erdgasbusse sind hier wohl unbekannt.

10. Der Offroad Verkehr (Betrieb mobiler Maschinen) wie Baumaschinen, Land- und Forstmaschinen, Geräte für die Gartenpflege (Rasenmäher und Laubbläser) soll durch die Änderung der aktuellen Gesetzgebung weiter reduziert werden. Warum kann nicht wieder der gute alte Rechen bei den Laubbeseitigungsbetrieben und der Stadtreinigung zum Einsatz kommen, anstatt Kohorten von Laubbläsern mit stinkenden, ungereinigten Abgasen und Höllenlärm erzeugenden Motoren, die von „Möchtegern Schumis“ bedient werden, vor die Aufgabe zu stellen, nasses Laub zu bewegen?

Wie Sie, liebe Leserinnen und Leser, in meinem Artikel zur Feinstaubbelastung in der letzten Ausgabe von *Witten im AUFbruch* nachlesen können (unter www.auf-witten.de im Downloadbereich), hatte ich mit meinen kritischen Nachfragen und Anmerkungen bei den Behörden wenig Erfolg. Auch der WDR ist nach anfänglichem Interesse dann doch nicht aktiv geworden.

So wandte ich mich am 15.10.2016 an die Deutsche Umwelthilfe (DUH), die aktiv und erfolgreich im VW Dieselfahrzeugumweltskandal auftritt und als neueste Enthüllung durch eigene Untersuchungen nachgewiesen hat, dass selbst die neueste Euro 6 Norm mehr klimaschädliche Abgase emittiert als die von VW nachgebesserten Euro 5 Diesel.

Die DUH zeigt sich interessiert an der Wittener Umweltsituation und prüft derzeit, wie seitens der DUH weiter damit umgegangen wird. Ich werde weiter Bericht dazu erstatten.

Zumindest haben wir damit Interesse bei einer die Gesundheit der Bevölkerung vertretenden Organisation gefunden.

Nickelgrenzwerte werden weiter erheblich überschritten

Im Rahmen einer geführten Tour mit dem Stadtmarketing Witten konnten am 18.10.2016 die DEW (Deutsche Edelstahlwerke) besichtigt werden. Wer dazu nicht die Gelegenheit hatte, sollte sich mal im Internet folgende Links ansehen, die ebenfalls einen guten Einblick vermitteln:

<https://www.youtube.com/watch?v=eZRuVEfxIV>

https://www.youtube.com/watch?v=ly7M7trYeY&list=PLihY5AtTfG0sqPhrlxKqKcZEfH_K4rLeA

Hier wird deutlich, was für ein Aufwand betrieben wird, Stäube und Emissionen abzufangen.

Doch konnte man dennoch bei der Begehung des Stranggussbereiches und im Zuge der weiteren Nachbehandlung im Walzwerk ein hohes Staubaufkommen in Form von Ablagerungen beobachten. Darüber hinaus waren über die offenen Fensterklappen der Hallen diffus austretende Emissionen zu erkennen

(Siehe eigenes Foto, aufgenommen vom Ruhrdeich aus am 8. März 2016).

Daraus ist eindeutig ersichtlich, dass die Stäube nicht vollständig abgefangen werden und deshalb auch weiterhin die Nickelgrenzwerte immer wieder und in erheblicher Größenordnung überschritten werden.

Dass bei dieser Sachlage die verantwortlichen Umweltschutzbehörden einfach nur zusehen, ist ein Skandal.

Wer sich dafür näher interessiert und nicht mit verharmlosenden Ausreden abgespeist werden möchte, möge dazu die Abhandlung lesen: „Emissionsfaktoren zur Eisen- und Stahlindustrie für die Emissionsberichterstattung“, die das Betriebsforschungsinstitut (BFI) im Auftrag des Umweltbundesamtes erarbeitet hat. Diese findet man unter:

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/emissionsfaktoren-zur-eisen-stahlindustrie-fuer>



Info

Hot-Spot Studie „Umwelt und Gesundheit an industriellen Belastungsschwerpunkten“

Im Jahr 2004 hat das Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW (MUNLV) oben genannte Studie in Auftrag gegeben. Sie kommt zu folgendem Schluss:

„Die lokale Umweltbelastung hinterlässt Spuren bei AnwohnerInnen der Industriebetriebe!“

Wichtige Ergebnisse im Überblick:

Erstmals wurde in NRW nachgewiesen, dass das Auftreten von Krankheiten und Krankheitssymptomen bei Menschen in direkter Nachbarschaft der alten Industriebetriebe auf die lokale Schadstoffbelastung durch diese Betriebe zurückführbar ist. Dieses Ergebnis wurde erst durch ein spezielles, an die kleinräumige Situation angepasstes epidemiologisches Untersuchungsdesign ermöglicht.

Im Dortmunder Stadtteil Hörde leiden die Mütter und Kinder – AnwohnerInnen des ehemaligen Stahlwerks Phoenix-Ost – vermehrt unter Erkrankungen und Beschwerden der Atemwege insbesondere an Bronchialasthma (siehe Kapitel 6.1 & 6.2). Die Kinder reagieren auch auffallend häufig allergisch gegenüber Nickel (siehe Kapitel 6.6.2) und Kinder mit hohen Chromgehalten im Urin litten am Untersuchungstag häufig an einem atopischen Ekzem (siehe Kapitel 6.6.3).“

Warum wird die Untersuchung von Schwermetallen und Feinstaub in der Wittener Luft eigentlich so konsequent vermieden?



Die Kommunen helfen mit, den Steuersack zu füllen, doch zu wenig kommt zurück

Die eine Hand gibt...

Romeo Frey

Sprecher im Vorstand von AUF Witten



Der Bundestagsabgeordnete und Wittener SPD Parteichef Ralf Kapschack rechnet mit einer Finanzspritze für die klammen Kommunen.

Jetzt habe der Bund zugesagt, die Hilfe für Länder um 1,2 Milliarden Euro auf 9,7 Milliarden Euro aufzustocken.

Wieviel davon genau in Witten ankommen wird, sei noch unklar.

Aber jetzt ist schon klar, dass der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) die Beiträge, die von den 27 Mitgliedskommunen jährlich an den LWL abgeführt werden müssen, so stark anheben will wie noch nie: **um knapp sieben Prozent!**

Was das für Witten bedeutet, ist ebenfalls noch nicht klar. Für Dortmund wird mit 20 Millionen, für Gelsenkirchen mit 6 Millionen Mehrabgaben gerechnet.

Die genaue Zahl richtet sich nach dem Steueraufkommen. Nachdem Witten die Grundsteuer B ja kräftig angehoben hat, kann sie sieben Prozent davon gleich dem LWL überlassen.

Das soll nicht heißen, dass der LWL das Geld gar nicht benötigt. Ganz im Gegenteil. Mit seinem 3,3 Milliarden Etat finanziert der LWL zahllose soziale und kulturelle Einrichtungen und darüber hinaus auch die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen.

Wegen neuer sozialgesetzlicher Vorgaben des Bundes ist dem LWL ein Finanzierungsloch von 228 Millionen Euro ent-

standen, das er jetzt von den Kommunen finanzieren lassen will.

Mit der einen Hand geben, mit der anderen wieder nehmen – das ist keine verantwortungsvolle Finanzpolitik des Bundes gegenüber der Daseinsfürsorge in den Kommunen.

Dass Herr Kapschack über das Millionenloch beim LWL kein Wort verliert, sondern den erwarteten Geldsegen für Witten in den Mittelpunkt rückt, ist wohl seinem SPD-Mitgliedsbuch zu verdanken. Er will wohl indirekt damit ausdrücken, dass die SPD in der Bundesregierung gut für die Kommunen Sorge trägt.

Das ist jedoch ein Trugbild, denn während der Regierungsbeteiligung der SPD ist die Verschuldung der Kommunen ungebremst in Höhe geschneit.

Vielmehr wird, ungewollt, ein ganz anderer Beweis geführt:

Eine echte kommunale Opposition ist von den Kräften, die in Berlin oder Düsseldorf die Regierung stellen oder Regierungspartei werden wollen, nicht zu erwarten.

Die Kommunen werden rigoros zur Finanzierung der Bundes- und Landeshaushalte herangezogen. Das Missverhältnis von den von oben verordneten Zwangsaufgaben und ihrer ungenügenden Finanzierung ist kein unerwünschtes Begleitprodukt, vielmehr ist die kommunale Verschuldung gewollt und mit Gesetzen und Verordnungen abgesichert.

Innerparteilich machen nur die Kräfte Karriere, die diesen Kurs mittragen und durchsetzen.

Deshalb werden auch Vorschläge von AUF Witten wie die für einen **radikalen Schuldenschnitt** seit Jahren ignoriert, weil sie gegen diese Umverteilung des kommunalen Vermögens nach oben gerichtet sind.

Wem die kommunale Daseinsfürsorge am Herzen liegt, wer gegen das weitere Ausbluten unserer Stadt wirksam kämpfen will, ist bei AUF Witten herzlich willkommen und kann mit uns zusammen auch nachhaltiges bewirken. Nur wenn die Ursachen angepackt werden, stellen sich auch die gewünschten Resultate ein.

Nein heißt Nein!

Dieses Prinzip wurde am 7. Juli 2016 ins Sexualstrafrecht aufgenommen. Die Frauengruppe Courage Witten begrüßt das als einen hart erkämpften Fortschritt der jahrelangen, hartnäckigen Proteste aus der Frauenbewegung.

Am Montag, den 21. November 2016, wird Courage anlässlich des Tag gegen Gewalt an Frauen im Rahmen der Montagsdemo öffentlich Stellung beziehen und Interessierten auch gern Rede und Antwort stehen.

Was verbirgt sich eigentlich hinter diesem neuen Paragraphen? Bisher mussten Frauen bei einer Anzeige wegen sexuellen Angriffen nachweisen, dass körperliche Gewalt angewendet wurde und sie sich aktiv zur Wehr gesetzt hätten.

Da nur ein Bruchteil der Prozesse mit einer Verurteilung des Täters endete, war es kein Wunder, dass viele Frauen und Mädchen diese Sexualstraftaten erst gar nicht anzeigen.

Der „erneuerte“ Paragraf 177 stellt nun alle sexuellen Handlungen unter Strafe, die „gegen den erkennbaren Willen einer anderen Person“ vorgenommen werden.

Wir fragen uns allerdings, wie ernst es die Regierungsparteien mit der Bekämpfung von sexueller Gewalt, Sexismus und Frauenverachtung meinen, wenn sie grundsätzlich an der Legalisierung des „Prostitutionsgewerbes“ festhalten.

benutzt werden dürfen und die Sexindustrie daraus Riesenprofite schlägt.

Wir haben es noch gut in Erinnerung, dass anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Dortmund sogenannte „Verrichtungsboxen“ aufgestellt wurden.

Mach den Schluss-STRICH!
Keine **Frauensklaverei** in Deutschland!

Handeln Sie!
Prostitution - in Deutschland ein Beruf wie jeder andere?
Der Handel mit Frauen in die Zwangsprostitution - dramatisch gestiegen!
Ihre Lebenssituation - schlimmer denn je!
Deutschland - ein Zentrum dieses Handels!

Stimmen Sie für ein Europa ohne Prostitution!

SOLWODI Deutschland e.V.

Denn das ist Kern des ebenfalls Anfang Juni im Bundestag verabschiedeten „Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen“ – kurz „Prostitutionschutzgesetz“.

Werbung für Bordelle ist auch in Witterer Zeitungen unter der Rubrik „Stellenanzeigen“ zu finden und auf großen Werbewänden wird quer durchs Ruhrgebiet für das Magnum-Bordell geworben.

In der Frauenbewegung wird der richtige Umgang mit der Prostitution kontrovers und heiß diskutiert. Es gibt auch Organisationen, die geradezu eine Prostitutionslobby betreiben und die vollständige Anerkennung der „Prostitution als Menschenrecht“ fordern.

Wir meinen, dass man Prostitution als das bezeichnen sollte, was sie in Wirklichkeit ist: eine menschenverachtende Form der besonderen Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen.



Auch wer bestimmte Situationen ausnutzt, „in denen die Willensbildung beeinträchtigt sein kann“ wird bestraft. Längst überfällig: Nach dem neuen Paragraf 184i ist auch sexuelle Belästigung eine Straftat.

Besonders widerliche Formen der Prostitution wie Flatrate-Bordelle werden über den Weg der Erlaubnispflicht eingeschränkt, ebenso wie überhöhte Mieten in Bordellen.

Aber es wird nicht in Frage gestellt, dass Frauen und ihr Körper gegen Geld



Deutsche Bahn - verfehlte (Konzern-)Politik und ihre Auswirkungen



René Schlüter,
Umwelt AG von AUF Witten

Die Deutsche Bahn AG hat im Interesse der Gewinnmaximierung in den letzten Jahren große Investitionen außerhalb ihres Kerngeschäftes Bahnverkehr unternommen. Es wurde unter anderem in Beteiligungen an weltweiten Transport- und Logistikunternehmungen, in die DB Tochter DB Schenker, in Logistikzentren für diese und den Einstieg ins FLEX-Busgeschäft investiert.

Hierbei wurde dem Kerngeschäft durch den Betrieb von FLEX-Buslinien und die Investitionen bei DB Schenker, die sich mit Logistik und zum großen Teil mit LKW-Transporten beschäftigt, sogar aktiv aus dem eigenen Haus Konkurrenz gemacht.

So wurden z.B. sogar die für DB Schenker an vielen Orten neu gebauten Logistikzentren ohne Eisenbahnanchluss geplant und ausgeführt. Gleichzeitig legte die DB Planungen vor die unter anderem auch die Schließung von über 200 Bahngüterladepunkten vorsieht. Mit dem Betrieb von Fernreisebuslinien (FLEX-Buslinien) schafft sich die DB Konkurrenz für die eigenen Fernreisezüge.

Nun geht neben eigenen mannigfaltigen Streckenstilllegungen und der verlorenen Ausschreibung für den Rhein-Ruhr-Express auch ein Großteil des S-Bahnnetzes Rhein-Ruhr verloren.

Dagegen verbleibt die S5 bei der DB AG. Leider zeigt sich auch bei ihr die verfehlte Konzernpolitik. Neben dem dauerhaften Ärgernis Bahnübergang Stockumer Straße und den Vorgängen am Bahnübergang Pferdebachstraße

fällt einem Nutzer der S 5 in den letzten Monaten noch weiteres auf.

Neben der obligatorischen Unpünktlichkeit im Betrieb fällt auf, dass neue Züge im Betrieb zu sehen sind. Das ist natürlich erst mal zu begrüßen, nur warum passen die neuen Züge und ihre Ausstiege nicht zur Bahnsteighöhe? Die Bahnsteige sind speziell für einen behindertengerechten S-Bahnverkehr erhöht worden, warum fahren da jetzt nicht passende neue Züge?

Ein weiteres zunehmendes Ärgernis ist der zunehmende Schwerlastverkehr in und um unsere Stadt aber auch deutschlandweit, der den schlechten Zustand unseres Straßennetzes rapide verschlimmert.

In Witten fallen dem Bürger hier besonders die regelmäßigen Heißbrammentransporte von DEW auf. Hier wird über den vorhandenen Gleisanschluss sogar in großen Mengen Ausgangsmaterial für die Stahlproduktion über die Eisenbahn angeliefert. Wieso erscheint es hier unmöglich bzw. nicht wirtschaftlich durchführbar die Heißbrammen ebenfalls auf der Eisenbahn weiter zu transportieren?

Die DB AG scheint sich also mit Hilfe selbstgeschaffener Konkurrenz und scheinbar gewolltem extremen Mismanagement aus ihrem eigentlichen Kerngeschäft zurück ziehen zu wollen.

Uns droht somit langfristig ein komplett privatisierter Schienenverkehr, denn seltsamerweise finden private Eisenbahnbetreiber viele von der DB eingestellte Angebote durchaus profitabel. Langfristig scheint dieser Weg jedoch nicht weiter zu führen wie man z.B. in Großbritannien merkte und die staatliche Eisenbahn British Railways wenige Jahre nach ihrer Zerschlagung und Privatisierung neu gründete.

Desweiteren spielt die DB und die Eisenbahn an sich natürlich auch eine große Rolle für die weitere Verkehrs- und Umweltpolitik. Auch in Zeiten eines Automobilkonzernlobbyisten wie Wolfgang Dobrindt als Verkehrsminister erscheint die Eisenbahn als Verkehrsmittel zum Transport von großen Mengen von Menschen und Waren als nahezu konkurrenzlos.



Außerdem ist sie die nach normalem Menschenverstand einzige Möglichkeit unsere Verkehrsbedürfnisse den Zwängen der nötigen Umweltpolitik anzupassen. Oder soll immer mehr PKW- und LKW- und Luft-Verkehr uns vielleicht helfen auch nur die lächerlich unzureichenden Beschlüsse des letzten Klimagipfels zu erreichen?

Die DB AG und ihre vielen Vorgängerinnen wurden einst gegründet, um den zunehmenden Verkehrsbedürfnissen nach zu kommen.

Dazu wurden sie mit öffentlichen Steuereinnahmen aufgebaut, weiterentwickelt und ausgestattet. Auch wenn die DB mittlerweile, wie andere ehemalige Staatsunternehmen zunehmend privatisiert wird, scheint es angesichts dessen als höchst unpassend sich so aus dem Kerngeschäft zurück ziehen zu wollen. Gerade mit Blick auf die sich stellenden Umweltproblematiken unserer Zeit muss das verhindert werden.

AUFstehen für eine Perspektive

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nach dem Durchlesen all dieser zahlreichen Berichte steht die Frage im Raum: **Was ist die Schlussfolgerung hieraus?**

Sicher gibt es in vielen Punkten Ansichten, bei denen Sie sagen werden "Ist ja schön und gut, aber...". Das liegt in durchaus berechtigten Kritiken und Zweifeln begründet. Aber entscheidend ist doch, **ob wir uns einig in der Frage sind, dass sich etwas in dieser Gesellschaft verändern muss und wir das in der Hand haben.**



Mit dieser Einigkeit kann die Schlussfolgerung dann doch nur sein, sich bei *AUF Witten* zu organisieren und aktiv zu werden entsprechend seinen Möglichkeiten. **Über die Wege zum Ziel können wir dabei fleißig auf Augenhöhe streiten.** Dabei ist es unerheblich ob Sie ein Parteibuch haben oder nicht.

Wenn es um die Sache geht, dann nur über weltanschauliche Grenzen hinweg auf antifaschistischer Grundlage.

Was kann man denn mit einem Kommunalwahlbündnis erreichen? Wir möchten dazu ein ganz junges Beispiel aus Gelsenkirchen anführen.

Dort wurde die sog. Wohnsitzauflage beschlossen und rückwirkend zum 1. Januar 2016 angewandt. Es handelt sich dabei um ein Landesgesetz, dass Kommunen anwenden können um z.B. die "Flüchtlingskrise zu bewältigen". Das Gesetz besagt, dass sämtliche Flüchtlinge vorgeschrieben bekommen, wo sie zu wohnen haben. Sie dürfen

sich damit nicht mehr frei in diesem Land bewegen.

Es entfaltete sich nicht nur reger Protest von den Flüchtlingen aus, sondern auch aus der Bevölkerung. Protestcamps vor dem Hans-Sachs Haus mit viel Solidarität aus der Bevölkerung waren dabei nur der Anfang. Die Montagsdemo Gelsenkirchen trat offensiv gegen dieses Gesetz ein, mobilisierte bis zu 450 Teilnehmer. *AUF Gelsenkirchen*, ein Bündnis wie *AUF Witten*, trug das über die Ratsfrau Monika Gärtner-Engel in den Stadtrat. Es wurden zahlreiche Auseinandersetzungen geführt.

Das Ergebnis ist, dass fürs erste eine erweiterte Härtefallregelung geschaffen wurde, die 800 Flüchtlingen vorerst Sicherheit bietet. Darüber hinaus gelang es, dieses und das Integrationsgesetz so in die Kritik zu bringen, dass dieses nun auf der Kippe steht.

Deshalb ist es so wichtig sich zu organisieren. Auch diese Zeitung ist nur möglich durch organisiertes Arbeiten. Dabei ist es wahrlich keine Kunst das zu tun, **sondern eine Entscheidung**, die Sie treffen müssen.

Genauso ist es keine Kunst sich in eine Sache hinein zu begeben um sie zu verstehen, sondern ebenfalls eine Entscheidung. Wie sollen denn die DEW Kollegen ihr Weihnachtsgeld zurück erkämpfen, wenn nicht in organisierter Weise? **Oder sollen wir auf die Institutionen warten, die z.B. für die Vertuschung der Feinstaub- und Nickelbelastung bei DEW verantwortlich ist um selbiges zu lösen?**



Wenn wir uns darin einig sind, dass wir hier etwas verändern können, melden Sie sich bei uns. Dann können wir all Ihre Fragen, Bedenken, Kritiken, usw. gemeinsam beraten. **Begeben Sie sich doch einfach mal hinein** bei einem unserer nächsten Termine (siehe letzte Seite).

Gesucht: Betroffene von Deputatkürzungen

Deputat ist eine Betriebsrente für ehemalige Bergleute und auch ihre Witwen. Diese soll gegen Abfindung den Beziehern abgekauft werden. Dagegen hat sich im Ruhrgebiet eine Bewegung „Hände weg vom Deputat“ gegründet, die wachsenden Zulauf erhält. Hunderte von ehemaligen Bergleuten klagen mittlerweile. *Kumpel für AUF* organisiert Versammlungen zur Beratung, gegenseitiger Unterstützung usw.

AUF Witten möchte das gerne unterstützen, z. B. mit der Organisation einer anwaltlichen Beratung Betroffener. Wir freuen uns über Zuschriften und Meldungen unter der Adresse von *AUF Witten*

AUFstehen und Mitmachen in AUF Witten!

(Coupon einfach ausfüllen und im Briefumschlag abschicken)

Name:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Telefon:

eMail:

Senden an: Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58453 Witten

oder per eMail: info@auf-witten.de

Bunt und kämpferisch - die 13. bundesweite Herstdemonstration in Berlin

Jan Vöhringer

Sprecher der Montagsdemo Witten



Das tolle: Dieses Jahr waren aus Witten, Hattingen und Wetter so viele Mitsstreiter mit in Berlin wie schon seit Jahren nicht mehr.

Die diesjährige Demo war immerhin schon die 13. Herstdemonstration der bundesweiten Montagsdemobewegung. Sie stand im Zeichen des vielfältigen Widerstands der Arbeiter-, werbslosen-, Frau-

einer gesellschaftlichen Alternative suchen.

Bei der Auftaktkundgebung wurde die Kritik an den Hartz-Gesetzen vertieft.

Sie wurden von der damaligen Schröder/Fischer-Regierung eingeführt mit der Begründung, dass damit die Arbeitslosigkeit und v.a. Langzeitarbeitslosigkeit verringert würde. Doch das Gegenteil ist der Fall!

Für immer mehr heißt es: einmal Hartz IV - lange oder für immer Hartz IV. Stahlarbeiter aus Duisburg und VW-Kollegen aus Hannover betonten den gemeinsamen Kampf von Belegschaften und Montagsdemos gegen Leiharbeit, Niedriglohnsektor und für den Erhalt der Arbeitsplätze.

Der Kampf um jeden Arbeitsplatz ist keine Besonderheit von Wittener Betrieben wie DEW oder ZF, sondern eine Aufgabe die in vielen Betrieben in Deutschland vor uns steht.

Begeistert lief die Jugend vorne weg. Mit einem großen Jugendblock machte der Jugendverband REBELL mit seiner Kinderorganisation Rotfüchse Stimmung!

Die vielen Flüchtlinge, die aus dem gan-

zen Bundesgebiet da waren und zum ersten Mal an einer Herstdemonstration teilnahmen, rief die Herstdemonstration auf:

„Bei uns in der Montagsdemobewegung wird Solidarität groß geschrieben. Lasst uns gemeinsam gegen die Wohnsitzauflage und das Integrationsgesetz! Für die volle Teilnahme der



Flüchtlingskosten durch die Regierung statt die Kommunen weiter zu belasten! Für die Bekämpfung von Fluchtursachen! Solidarität mit dem Kampf um Demokratie und Freiheit - in Syrien, in der Türkei und überall!“

Ein besonderes Anliegen war den Anwesenden auch die Solidarität mit den zehn von der Bundesregierung inhaftierten türkischen und kurdischen revolutionären, die seit Monaten in Athen und Landshut im Gefängnis sitzen, obwohl sie keine Straftat in Deutschland oder in anderen europäischen Ländern begangen haben.

„Revolution ist kein Verbrechen!“ fand großen Beifall. Empört waren die MontagsdemonstrantInnen über das Verhalten der Berliner Polizei, die jedes Transparent einzeln schon beim entrollen kontrollierte.

Am Ende wurde das Wochenende ausgewertet - Fazit: Ein voller Erfolg - Das war sicherlich nicht die letzte Herstdemo in Berlin! Wir kommen wieder!



en-, Umwelt- und Jugendbewegung gegen die Politik der Bundesregierung. Vom Bodensee bis zur Nord- und Ostseeküste waren die Delegationen von 75 Montagsdemos angereist.

Auf große Resonanz stieß der kämpferische, bunte, optimistische und fröhliche Zug durch den Prenzlauer Berg mit ca. 1.000 Teilnehmern und insbesondere die einzigartige Demonstrationenkultur unter Tausenden Passanten.

In diesem Jahr stand der Widerstand gegen das Integrationsgesetz und dabei insbesondere die rückwirkende Wohnsitzauflage der nach rechts gerückten Merkel/Gabriel-Regierung im Zentrum und der engere Zusammenschluss der vielen Menschen, die nach



Internationalistische Liste/MLPD kandidiert zur Bundestagswahl

Nächstes Jahr sind Landtagswahlen in NRW und Bundestagswahlen. Mit unserem Motto: *"Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!"* gucken wir natürlich besonders danach, wo man selber aktiv werden kann um für unsere Interessen zu kämpfen.

Deshalb war ein Teil von uns am 2. Oktober in Berlin beim Wahlkongress vom internationalistischen Bündnis.

Das internationalistische Bündnis ist ein gleichberechtigter Zusammenschluss antifaschistischer, klassenkämpferischer, internationalistischer und revolutionärer Organisationen und Einzelpersonen.

Auf dem Wahlkongress wurde beschlossen, dass das Bündnis als internationalistische Liste/MLPD zur Bundestagswahl kandidiert. In einer Pressemitteilung heißt es:

„Weil das restriktive deutsche Wahlrecht seit 2009 den Antritt solcher Wahlbündnisse verbietet, öffnete die MLPD ihre Liste für das Bündnis. Die Kandidaten dieser gemeinsamen Liste setzten sich aus Vertretern verschiedener Organisationen, engagierten Menschen aus den Protestbewegungen (...), Arbeitern, und Gewerkschaftsvertretern, aber auch Künstlern zusammen.“

In der Abschlussresolution des Wahlkongresses heißt es:

„Es ist ein strategisches Zeichen in der Situation der gesellschaftlichen Polarisierung gemeinsam, entschlossen

in die Zukunft zu gehen!“

Besonders beeindruckt hat die Bandbreite an Organisationen und Einzelpersonen die dieses Bündnis und die Kandidatur bereits unterstützt. Trägerorganisationen sind ATIF, AGIF, ADHF, Demokratischer Kongress Palästina, Komala, LF Radevormwald (LINKES FORUM e.V.), MLPD, PFLP, REBELL.

Auch im Ennepe-Ruhr-Kreis wurde das Bündnis erfolgreich gegründet. Einstimmig wurde beschlossen, dass Achim Czulwick als Direktkandidat für den Wahlkreis 139 „Ennepe-Ruhr II“ kandidieren wird.

Dass Achim Czulwick als Direktkandidat kandidiert freut uns natürlich besonders, da er für unser Personwahlbündnis im Stadtrat der Stadt Witten vertreten ist und eine alternative, fortschrittliche Kommunalpolitik verkörpert.

Auch wurde Anna Vöhringer aus Witten vorgestellt, die als Vertreterin vom



Jugendverband REBELL auf der Landesliste NRW der internationalistischen Liste/MLPD auf Listenplatz 3 kandidieren wird. Das Bündnis hat sich außerdem die Aufgabe gestellt viele Unterstützer für das Bündnis zu gewinnen.

Alle Unterlagen vom Wahlkongress, die Unterstützerliste oder das Spendenkonto findet ihr auf der Homepage: www.internationalistische-liste.de, örtlicher Kontakt kann unter internationalistische-liste-en@firemail.de aufgenommen werden. Ein zukunftsweisendes Projekt, das viele Unterstützer braucht!



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Wahlkongresses am 2. Oktober in Berlin gedenken der Opfer von Aleppo

Zuschriften

(Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen)

Rentenbetrug

Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) zeigt sich besorgt über die drohende Altersarmut. "Statt eines stetig sinkenden Rentenniveaus muss es eine verlässliche Haltelinie geben", sagte sie nach einem Spitzentreffen mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und Arbeitgebern in Berlin. "Gleichzeitig dürfen die Beiträge nicht in den Himmel schießen."

Mit solchen Aussagen ist Nahles nicht alleine, SPD, CDU/CSU und Grüne haben nicht zufällig vor der kommenden Bundestagswahl plötzlich alle das Rentenproblem entdeckt. Doch es war ihre eigene Politik, die es verursacht hat. Das sollte man nicht vergessen.

An Demagogie jedenfalls ist das schwer zu überbieten. Die Koalition von SPD und Grünen hat 2004 mit den Hartz-Gesetzen und der Agenda 2010 die Weichen für den beispiellosen Niedergang des Rentenniveaus gestellt. Die Reduzierung der Beiträge kam vor allem den Arbeitgebern zu Gute, die Beiträge in Milliardenhöhe einsparen konnten. An dieser Situation, die man bereits 2004 genau erkennen konnte, haben alle bisherigen Regierungskoalitionen nichts geändert.

Dabei betrifft das niedrige Rentenniveau betrifft keineswegs nur Geringverdiener, wie von den Politikern ständig behauptet wird.

Mittlerweile muss man über 3.000 Euro brutto verdienen, um in 40 Jahren eine Rente von ca. 900 Euro, also knapp über der Armutsgrenze, zu erhalten. Auch eine Riesterreute und andere privaten Vorsorgen ändern daran nichts, zumal die Sparkonten durch die Niedrigzinspolitik gezielt entwertet wurden.

Das alles als unvorhergesehene Entwicklungen darzustellen, die man jetzt korrigieren müsse, ist nicht nur eine bewusste Unwahrheit, sondern zeigt auch, für wie dumm die Berliner Politiker ihre Wähler einschätzen.

C.L., Witten

Kein Feinstaubproblem auf der Ruhrstraße?

Wie kann Verkehrsplaner Andreas Müller behaupten, die Ruhrstraße hätte kein Feinstaubproblem? Die letzten Feinstaub-Messungen stammen aus 2008 von der Ardeystraße. Möge er doch mal an der Ruhrstraße bei der zuständigen Behörde eine Messung beantragen. Dann kämen die wahren Fakten auf den Tisch.

W.S., Witten



Mut zur Lücke

Der Ausbau des rheinischen Esels zum Fuß- und Radweg ist eine zu begrüßende Steigerung der Lebensqualität und doch immer noch ein Zeichen für die Unterordnung der Stadtplanung unter die Interessen von wirtschaftlichen Unternehmungen und gefährliche Flickschusterei.

Denn nahezu zeitgleich zum Ausbau erschien es der Stadtverwaltung als sinnvoll im Interesse eines freizügigeren Schwerlastverkehrs über die marode Pferdebachstraße die Brücke des rheinischen Esels über diese zu entfernen.

Da außerdem offensichtlich lukrative Bauge- und Übernahmeangebote für den Bereich des Güterschuppens und auch für den Bereich auf der anderen Seite des ehemaligen Gleises vorlagen wurden Fakten geschaffen.

Ein Schluss der so entstandenen Lücke erscheint nun mehr mit Bau des Ärzte-zentrums als unmöglich. Die ausgeführte Verkehrsführung im Bereich der Kreuzung des Fuß- und Radweges mit der Pferdebachstraße kann vom Verkehrsteilnehmer nur als gefährliche Flickschusterei wahrgenommen werden.

Es ist reines Glück der Stadtverwaltung das ihr gefährlicher Mut zur Lücke hier nicht schon zu mehr Unfällen geführt hat.

Natürlich liegen Planungen vor, dieses Problem irgendwann im Rahmen der Anlage eines Kreisverkehrs (mit-) zu lösen. Doch auch ein solcher würde wohl kaum ein adäquater Ersatz für eine damals eigentlich simple Führung des Fuß- und Radweges über die noch vorhandene Brücke.

So bleibt uns Bürgern nur bis auf weiteres diesen gefährlichen Zustand hinzunehmen und wie hier unseren äußersten Unmut kundzutun.

R.S., Witten





FKW-Reduzierung am St. Nimmerleins- tag

Am 15.10.2016 berichtete die Tageschau, dass sich im **Klimaabkommen von Kigali** (Ruanda) 150 Staaten geeinigt hätten, die als Kühlmittel eingesetzten klimaschädlichen Fluorkohlenwasserstoffe (FKW) zu reduzieren. Sie lösten ab 1987 die Ozonschicht zerstörenden Flur-

chlorkohlenstoffe (FCKW) ab, erwiesen sich aber als Treibhausgase.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks lobte das Kigali Abkommen als **Meilenstein für den weltweiten Klimaschutz**, mit dem die Erderwärmung um ein halbes Grad Celsius gesenkt werden könne.

Doch die Fakten belegen, dass die erhoffte Absenkung, wenn überhaupt, mit Sicherheit zu spät kommt.

Ab 2019 sollen entwickelte Länder wie die USA den FKW-Einsatz um zehn Prozent verringern. Im Laufe der Jahre wollen sie den Gebrauch um **85 Prozent** reduzieren. Mit einem Enddatum **2036 (!)**.

Der Großteil der unterzeichnenden Staaten - unter anderem China - beginnt **2024** mit dem verringerten Einsatz. Entwicklungsländern wird noch mehr Zeit eingeräumt.

Es ist also jetzt schon klar, dass dieses Abkommen an der weiteren Erderwärmung nichts ändern wird.

Es reiht sich damit ein in die unverbindlichen Absichtserklärungen aller bisher stattgefundenen Weltklimakonferenzen.

Die Konsequenz kann nur sein, sich von diesen Rosstäuschern nicht mehr an der Nase herumführen zu lassen, sondern zielstrebig alle möglichen und aktiven Kräfte zu sammeln, damit ein tatsächlich wirksames Sofortprogramm zur Rettung der natürlichen Umwelt durchgesetzt wird.

F.R. Witten

Opel und die Demokratie

Anmerkung der Redaktion: Am 17.9. führte die MLPD Bochum einen Infostand zur Betriebsversammlung von Opel Bochum auf dem Vorplatz des Saalbau durch. Was sich dort ereignete, erfahren Sie aus nachfolgender Pressemitteilung, die auch uns übersandt wurde. AUF Witten erklärt sich solidarisch und fordert weitere Aufklärung.

Ultimativ forderte die Personalchefin Koslowski als Mitglied der Opel-Geschäftsleitung, den Infostand der MLPD vor der Opel Belegschaftsversammlung am 17.9. im Saalbau-Witten zu verhindern. **Die Verteiler haben sich diesem Diktat nicht gebeugt. Sie haben sich das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht nehmen lassen.**

Der Verantwortliche für den Saalbau rief die Polizei. **Der Polizeihauptkommissar Gampe reagierte äußerst aggressiv: er riss einem Verteiler die Rote Fahne-Magazine aus der Hand.**

Ein anderer Verteiler wurde von ihm handgreiflich weg gestoßen. Sämtliches Material wurde beschlagnahmt. Jetzt ermittelt die Polizei gegen die Verteiler wegen Hausfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Die Tatsachen sehen anders aus: der Polizeieinsatz war ein Verstoß gegen die Grundrechte und es gab eine Körperverletzung durch die Polizei.

Die Opel-Geschäftsleitung wird aufgefordert, alle Versuche der Einschränkung demokratischer Rechte in Zukunft zu unterlassen.

Wir fordern die sofortige Einstellung der Ermittlungen gegen die Verteiler und haben Strafanzeige gegen den rechtswidrigen Polizeieinsatz und die Körperverletzung gestellt. (...)

Die Opel-Geschäftsleitung will die Kollegen mit ihrem antikommunistischen Vorgehen entmündigen. Die Kollegen haben das Recht auf Informationen und bilden sich ihr eigenes Urteil. Viele

Kollegen waren empört über den Polizeieinsatz, während die Salafisten einen Infostand in der Innenstadt durchführen.

Der Vorplatz vor dem Wittener Saalbau ist öffentliches Gelände und nicht umzäunt. Ein willkürliches Verbot von Infoständen ist rechtswidrig und wurde schon oft durch verschiedene Gerichte zurückgewiesen.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Rechtmäßigkeiten von Protestaktionen sogar im Frankfurter Flughafen bestätigt. (Aktenzeichen: 1BvR699/06)

Gerade in den heutigen Zeiten verteidigen wir die demokratischen Rechte und Freiheiten auf antifaschistischer Grundlage! Auch die Geschäftsleitung von Opel als internationalem Konzern muss das Recht auf Meinungsfreiheit anders Denkender respektieren!

Die demokratischen Parteien im Stadtrat sind herausgefordert, dazu beizutragen, dass diese Grundrechte in Witten eingehalten werden. (...)

AUF Witten unterstützt 2. Internationale Bergarbeiterkonferenz



Die kämpferische Bergarbeiterbewegung *Kumpel für AUF* führte am Samstag, den 15.10.2016 ein internationales Solidaritätsfest mit Spendengala durch. Damit sollen die Reisekosten von Bergarbeitern aus verschiedenen Ländern, wie Kolumbien oder Südafrika zur 2. Internationalen Bergarbeiterkonferenz in Indien gemeinsam solidarisch finanziert werden.

AUF Witten fühlt sich der Bergarbeiterbewegung schon seit seiner Grün-

dung verbunden und war auch diesmal Mitveranstalter dieses tollen Festes.

Wir spendeten 300 Euro, und sind somit stolz darauf, einen (kleinen) Beitrag zu den an diesem Abend über 20000 Euro gespendeten Reisekosten geleistet zu haben.

Diese Spenden kamen vor allem aus hunderten Beiträgen von Bergarbeitern und ihren Familien, aber auch aus dem tollen Mitbringbuffet am Abend und einer schönen Tombola.

Wir halten die Koordinierung der Kämpfe der Millionen von Bergleuten international für sehr wichtig, in Verbindung mit dem Kampf um die Arbeitsplätze bei uns, aber auch dem Kampf gegen die RAG, die mit ihrer Einlagerung von Giftmüll in die Schächte unter dem Ruhrgebiet für eine Zeitbombe gesorgt hat, die auf ihre Kosten entsorgt werden muss.

Es geht schließlich hier um die Gesundheit von uns und den nächsten Generationen. Glück AUF!



Termine zum Mitmachen, wir sehen uns!

- **Mo., 21. Nov:** Montagsdemo zum Tag gegen Gewalt an Frauen
17 Uhr, Berliner Platz/Nordstraße, Innenstadt
- **So., 27. Nov:** Jahreshauptversammlung, 11-14 Uhr,
Sportlerklause, Hörder Straße 303, Witten-Stockum
- **Fr., 09. Dez:** Jahresabschlussfest, 18 Uhr,
Zur Dritten Halbzeit, Haldenweg 2, Witten-Heven

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von AUF Witten:
Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de
Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de